
Reglement

Öffentlichkeitsprinzip

Datenschutz

Visuelle Überwachung

Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

1	Öffentlichkeitsprinzip	3
1.1	Ziele	3
1.2	Verantwortlichkeiten	3
1.3	Dringliche Informationen	3
1.4	Redaktion	3
1.5	Informationsmittel	4
1.6	Formen	4
2	Datenschutz	4
2.1	Ziel	4
2.2	Verantwortlichkeiten	4
3	Visuelle Überwachung	5
3.1	Verantwortlichkeit und Zweck	5
3.2	Hinweistafeln	5
3.3	Verhältnismässigkeit	5
3.4	Informationspflicht an Betroffene	5
3.5	Datenvernichtung	5
3.6	Bearbeitungsreglement	6
3.7	Recht	6
4	Schlussbestimmungen	6
4.1	Inkrafttreten	6

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen, gestützt auf §56 lit. a des Gemeindegesetzes vom 16. Februar 1992 und in der Absicht, das Öffentlichkeitsprinzip, den Datenschutz und die visuelle Überwachung zu regeln,

beschliesst:

1 Öffentlichkeitsprinzip

1.1 Ziele

§ 1

- ¹ Die Gemeindebehörden informieren die Bevölkerung objektiv, ausgewogen, sachlich und zeitgerecht über Entscheide von allgemeinem Interesse.
- ² Die Einwohnergemeinde bemüht sich um einen möglichst einheitlichen Auftritt nach Aussen.
- ³ Die Informationspflicht gilt für Behörden und Verwaltungsstellen. Sie richtet sich nach dem Leitfaden zum Öffentlichkeitsprinzip.

1.2 Verantwortlichkeiten

§ 2

- ¹ Der Gemeinderat ist für die Information der Bevölkerung verantwortlich und beauftragt das Gemeindepräsidium mit dem Vollzug.
- ² Die Kommissionen stellen ihre Informationen vor der Publikation dem Gemeindepräsidium zu. Sofern das Präsidium nicht rechtzeitig informiert werden kann, gilt der Dienstweg.
- ³ Die Verwaltungsstellen können allgemeine Informationen direkt publizieren. Die Verantwortung liegt bei den jeweiligen Abteilungsleitenden.

1.3 Dringliche Informationen

§ 3

In dringenden Fällen können Kommissionen ohne vorherige Rücksprache mit dem Gemeindepräsidium informieren.

1.4 Redaktion

§ 4

Die Redaktion der Mitteilungen wird in der Regel durch die zuständigen Aktuare erledigt.

1.5 Informationsmittel

§ 5

- ¹ Die Informationen der Gemeindebehörden werden im Azeiger veröffentlicht.
- ² In der Regel erfolgt eine zusätzliche Verbreitung der Informationen über die akkreditierten Medien sowie mit elektronischen Mitteln.
- ³ Die Publikation auf der Website der Gemeinde wird durch die Leitung Administration erledigt.

1.6 Formen

§ 6

- ¹ Die informierende Stelle sowie der Zeitpunkt der Veröffentlichung müssen auf der Informationsschrift ersichtlich sein.
- ² In laufenden Verfahren wird in der Regel eine Sperrfrist bis zum Vorliegen des behördlichen Entscheids verfügt.
- ³ Sämtliche Behördeninformationen werden mit dem Logo der Einwohnergemeinde versehen.

2 Datenschutz

2.1 Ziel

§ 7

Der Schutz vor Missbrauch der Personendaten wird gewährleistet. Massgebend sind die Bestimmungen des Informations- und Datenschutzgesetzes (InfoDG, Abschnitt E, §§ 15 bis 30).

2.2 Verantwortlichkeiten

§ 8

- ¹ Der Gemeinderat setzt den Vollzug des Datenschutzes im Rahmen seiner Koordinations- und Aufsichtsbefugnisse (GG § 70) durch.
- ² Die Abteilung Administration wird als beauftragte Stelle für den Datenschutz bestimmt. Sie führt ein Register über alle Datensammlungen der Behörden und der Verwaltungsstellen.
- ³ Die Behörden und Verwaltungsstellen sind verpflichtet, der beauftragten Stelle für den Datenschutz sämtliche Datensammlungen gemäss § 24 InfoDG zu melden.
- ⁴ Die beauftragte Stelle für den Datenschutz
 - überprüft mindestens einmal pro Quartal die Richtigkeit des Registers über alle Datensammlungen;
 - kann jederzeit Auskunft über die Systematik der gesammelten Daten einholen;
 - erstattet dem Gemeinderat Bericht über den Vollzug der Datenschutzbelange der Einwohnergemeinde (Jahresbericht).

3 Visuelle Überwachung

3.1 Verantwortlichkeit und Zweck

§ 9

- ¹ Der Gemeinderat kann an öffentlichen und allgemein zugänglichen Orten und Gebäuden Anlagen zur visuellen Überwachung einsetzen.
- ² Die visuelle Überwachung bezweckt die Verhinderung und Ahndung von strafbaren Handlungen und ist nur zulässig, soweit sie für diese Zwecke erforderlich ist und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen. Sie erfolgt bei Vergehen und Verbrechen in Koordination mit der Polizei Kanton Solothurn.
- ³ Der Gemeinderat bestimmt eine geringe Anzahl Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung mit der Auswertung, Vernichtung und Speicherung des Filmmaterials im Rahmen dieser Zwecke. Zugang zu den visuellen Anlagen hat ferner das technische Wartungspersonal zum Zwecke des Unterhalts wie Wartungen oder Reparaturen.

3.2 Hinweistafeln

§ 10

Die visuelle Überwachung und die verantwortliche Stelle sind durch geeignete Massnahmen wie deutlich sichtbare Hinweistafeln erkennbar zu machen.

3.3 Verhältnismässigkeit

§ 11

Die Verarbeitung oder Nutzung von nach § 9 erhobenen Daten ist zulässig, wenn sie zum Erreichen der verfolgten Zwecke erforderlich sind und keine Anhaltspunkte bestehen, dass schutzwürdige Interessen der Betroffenen überwiegen.

3.4 Informationspflicht an Betroffene

§ 12

Werden durch visuelle Überwachung erhobene Daten einer bestimmten Person zugeordnet, ist diese über eine Verarbeitung zu informieren, sobald der in §9 definierte Zweck dies erlaubt.

3.5 Datenvernichtung

§ 13

- ¹ Die erhobenen Daten sind umgehend nach Gebrauch, spätestens aber nach 96 Stunden seit der Aufzeichnung zu vernichten oder zu überschreiben.

² Beim Vorliegen von strafbaren Handlungen können die erhobenen Daten solange gespeichert werden, als dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben unentbehrlich ist.

3.6 Bearbeitungsreglement

§ 14

Der Gemeinderat erlässt jeweils für konkret umzusetzende Massnahmen der visuellen Überwachung ein Bearbeitungsreglement gemäss Checkliste des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz.

3.7 Recht

§ 15

Im Übrigen bleiben die Datenschutzbestimmungen des eidgenössischen Rechts und des Informations- und Datenschutzgesetzes vorbehalten.

4 Schlussbestimmungen

4.1 Inkrafttreten

§ 16

Dieses Reglement tritt auf den 1. Januar 2015 in Kraft. Es ersetzt das gemeinderätliche Reglement über das Öffentlichkeitsprinzip und den Datenschutz vom 16. Mai 2002 sowie das Reglement über die Videoüberwachung vom 22. Juni 2005.

Von der Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen beschlossen am 9. Dezember 2014.

Einwohnergemeinde Derendingen
Gemeindepräsident

Leiterin Administration

Kuno Tschumi

Béatrice Müller

Änderungsindex

Version	Datum Beschluss GV	Gegenstand
1.0	09.12.2014	Totalrevision